

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

„Tagblatt“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: M. 1.20 monatlich, M. 3.60 vierteljährlich, durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frachtkosten. M. 4.65 vierteljährlich durch alle deutschen Postämtern, ausschließlich Briefkäse. — Bezugs-Beziehungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Vorstände der Stadtverwaltung, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in der Provinz die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Ländern und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeilen: 25 Bg. für deutsche Anzeigen; 35 Bg. für auswärtige Anzeigen; 1.25 M. für örtliche Anzeigen; 2.50 M. für auswärtige Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme unentgeltlich. — Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entziffernder Nachsch. — Anzeigen-Nachnahme: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 8 Uhr nachmittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgerichteten Tagen und Plätzen wird keine Gebühr erhoben.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelfirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Lützow 6202 und 6203.

Samstag, 13. Juli 1918.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 321. • 66. Jahrgang.

Vollkommene Klärung der Lage.

Eine befriedigende Erklärung d. Reichskanzlers über die belgische Frage.

(Von unserer Berliner Abteilung.)

B. A. Berlin, 12. Juli. (Eig. Drahtbericht. ab.) Die heutige Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags (über die wir bereits ausführlich in unserer gestrigen Abendausgabe berichteten) hat, wenn überhaupt eine Krise bestand, diese endgültig beigelegt. Schwierigkeiten hatten, nachdem die fortschrittliche Volkspartei sich auf den Standpunkt gestellt hatte, zunächst die Taten des Herrn Kintje vor einem Urteilspruch über ihn abzuwarten, obgleich nur noch die Sozialdemokraten gemacht. In einer internen Beratung hatten sich vor einigen Tagen von 60 anwesenden sozialdemokratischen Abgeordneten etwa 13 gegen die Bewilligung der Kriegskredite ausgesprochen und waren in ihrer Opposition durch den Rücktritt v. Kühlmanns bestärkt worden. Die gestrige Erklärung des Reichskanzlers hatte nun diesen Teil der sozialdemokratischen Fraktion schon stark beruhigt. Man verlangte nur noch, was aus der Rede des Abgeordneten Scheidemann auch hervorging, genauere Feststellungen der deutschen Politik besonders hinsichtlich ihrer Ziele im Westen. Die übrigen Fraktionsmitglieder unterstützten ihren Kollegen in dieser Forderung. Auch die Erklärungen, die der nationalliberale Abgeordnete Stresemann heute abgab, zeigten dem Kanzler, daß es angebracht sei, möglichst deutlich die Grenzen zu ziehen, innerhalb deren das Regierungsgeschehen in der Zukunft abzuwickeln. Der nationalliberale Abgeordnete Stresemann heute abgab, zeigten dem Kanzler, daß es angebracht sei, möglichst deutlich die Grenzen zu ziehen, innerhalb deren das Regierungsgeschehen in der Zukunft abzuwickeln. Der nationalliberale Abgeordnete Stresemann heute abgab, zeigten dem Kanzler, daß es angebracht sei, möglichst deutlich die Grenzen zu ziehen, innerhalb deren das Regierungsgeschehen in der Zukunft abzuwickeln.

„Wir beabsichtigen nicht, die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit Belgiens anzutasten, aber andererseits können wir auch, wie schon wiederholt erklärt wurde, nicht zulassen, daß Belgien zum Aufmarschgebiet unserer Feinde wird und daß unser wirtschaftlicher Einfluß dort verdrängt wird.“

Man neigte zwar in Abgeordnetenkreisen der Meinung zu, daß es wertvoll sei, die Ausführungen über Belgien so genau wie möglich der Öffentlichkeit mitzuteilen, war indessen über den Inhalt so befriedigt, daß man sich schließlich mit der Kenntnisnahme begnügte. Auch die Sozialdemokraten des linken Flügels waren durch die Erklärungen, die deutscher als irgend eine Erklärung von Regierungsseite her den deutschen Standpunkt festlegte, so erfreut, daß man erklärte, nunmehr selbstverständlich die Kredite zu genehmigen und auch auf eine Debatte im Plenum, wo ja Neues nicht mehr gesagt werden könne, zu verzichten; nur eine kurze Erklärung soll, wie es heißt, von ihnen abgegeben werden. Es wird diesmal vermutlich darin auf die heutige Kanzlerrede hingewiesen werden. Von dem Vertrauen, das der Kanzler sich heute im Parlament zu erringen wußte, wesentlich gestärkt, wird er heute ins Hauptquartier zurückkehren und dort vermutlich erzählen, welchen Erfolg seine Erklärungen gehabt haben.

Die Kriegskredite kommen auf die Tag-Sitzung der morgigen Vollversammlung des Reichstags. Da für die Sitzung anderer Arbeitsstoff nicht mehr vorliegt, dürfte sie nur kurz sein und der Reichstag sich bis zum Herbst vertagen.

Nachträgliches von der Lösung der Kühlmannkrise.

J. S. Berlin, 12. Juli.

Es war in einem Blatt die Rede von der Eisfeller-Temperatur, die Herr v. Kühlmann bei seiner Ankunft im Großen Hauptquartier entgegen-gewahrt wäre. Es sollte damit von dieser Seite der Eindruck erweckt werden, daß der Staatssekretär bis zum letzten Augenblick, jedenfalls noch auf der Fahrt ins Hauptquartier in einer gewissen Mission geseht und mit seiner Verabschiedung gar nicht oder kaum gerechnet hätte. Das sind irrtümliche Annahmen. Herr v. Kühlmann wußte schon vor Eintritt seiner Reise, was die Klode geschlagen hatte. Im günstigsten Falle konnte er nur noch mit einer weiteren Befristung seines Rücktritts bis nach Reichstags-Schluss, um einige wenige Tage rechnen. Er fuhr ohne jedwede Illusion ins Hauptquartier, zum Rücktritt auch dann fest entschlossen, wenn er den Eindruck gewinnen würde, daß man die Lösung der Krise verschoben wolle aus innerpolitischen Gründen. Denn

er war vom Reichskanzler stets auf dem laufenden über die Stimmung im Hauptquartier erhalten gewesen. Andererseits ist auch die Meldung eines anderen Blattes falsch, wonach Herr v. Kühlmann es gewesen sein soll, von dem zuerst das Gerücht um Enthebung vom Amt ausgegangen wäre. Richtig ist nur das eine, daß der Staatssekretär nach dem unglücklichen Auftreten vom 24. Juni im Reichstag, das er selber nachträglich als ein Danebenkamen eingesehen haben soll, nach keiner Richtung auch nur im geringsten Zweifel befallen wurde, daß er sich als Staatssekretär unmöglich gemacht habe. Sein Rücktritt war am 25. Juni beschlossene Sache. Und nur der Zeitpunkt für seinen Abgang blieb den maßgebenden Stellen noch vorbehalten. Es war nicht bloß der verhängnisvolle Akt in der Reichstags-Sitzung vom 24. Juni, der die letzte Entscheidung in der langen Krisis herbeiführte, sondern es lagen auch eine Reihe anderer Gründe für die Entlassung vor: verschiedene Vorgänge beim Friedensschluss von Bukarest, die die Mißstimmung auf türkischer und bulgarischer Seite nährten, Äußerungen und Bemerkungen des Staatssekretärs bei Verhandlungen, über die man am besten die Akten konsultiert. Die Arbeit lastete bereits zu stark auf seinen Schultern, so daß ihm häufig die Ruhe für wichtige Entschlüsse und Vorbereitungen zu Reden fehlte. Auch sei noch erwähnt, daß Herr v. Kühlmann zu den peinlichen nachträglichen Richtigerstellungen zu seiner Reichstagsrede vom 24. Juni veranlaßt worden ist. Sonst wäre der Reichskanzler gewiss nicht, schon damals in einer weniger milden Form seinen Außenminister öffentlich zu desavouieren. Um die Spannung auf beiden Seiten zu vermindern, muß man sich vergegenwärtigen, in welchem starkem Gegensatz die Kundgebungen der Krone und Sündenburgs und Ludendorffs über den Siegeswillen des deutschen Volkes zu der Rede des Herrn v. Kühlmann vom 24. Juni gestanden haben. Der Letztere hatte ja selber die Überzeugung, daß unter diesen Umständen sein weiteres Verbleiben eine reine Unmöglichkeit geworden war. Damit erledigt sich aber auch die von einigen Blättern aufgeworfene Frage, warum der Reichskanzler im Hauptquartier seinen Staatssekretär nicht genügend gedeckt, bzw. in Schutz genommen habe. Man vergißt, so wird uns gesagt, daß wir noch keine Durchbildung des parlamentarischen Regierungssystems besitzen, und daß damit die Notwendigkeit einer „Deckung“ durch den Ministerpräsidenten zugunsten eines seiner Minister entfällt. Man vergißt aber auch, daß Graf Hertling von einer weitestgehenden Aufstellung seiner Wünsche und Rechte als Leiter des Ministeriums nichts wissen will. Es ist ja bekannt, daß er kein übermäßiger Freund des parlamentarischen Regierens ist. Was ein Herr v. Bamer vielleicht getan haben würde, tut ein Hertling noch lange nicht. Das sind Tatsachen, an denen wir bei der Beurteilung der jüngsten Vorgänge nicht vorbeigehen dürfen.

Oertliche Kämpfe im Westen.

W. T.-B. Berlin, 12. Juli, abends. (Amstich. Drahtbericht.) Oertliche Kämpfe südwestlich Dailly und auf dem Westufer der Aare.

Eine Folge des U-Boothrieges.

W. T.-B. Bern, 11. Juli. Dem „Welt Parisien“ zufolge ist der Verkehr im Hafen von Marseille von 11.397 292 Tonnen Schiffsdraum im Jahre 1917 mit 7.793 923 Tonnen Warenanlauf auf 5.118 000 Tonnen Schiffsdraum mit 5.890 000 Tonnen Warenanlauf gesunken. Dies sei einerseits auf den knappen Schiffsdraum, andererseits auf die Abseilung des Schiffsverkehrs infolge der U-Boothgefahr zurückzuführen. Ferner wird angegeben, infolge des Mangels an Kautschuk müßten die Schiffe in Marseille oft wochenlang auf Entladung warten.

Die Ausländerfrage im englischen Unterhaus.

W. T.-B. London, 11. Juli. (Reuter.) Das Unterhaus erörterte die Frage der allgemeinen Behandlung feindlicher Ausländer, die in der letzten Zeit zu vielen Meinungsverschiedenheiten Anlaß gab. Cave sagte namens der Regierung, daß diese die ganze Frage nochmals erwogen habe. Alle Fragen der Internierung oder Deportation sowie alle Naturalisationsbewilligungen sollten nochmals geprüft werden. Jede Namensänderung wird für ungültig erklärt werden, wenn sie ohne besondere Erlaubnis des Ministeriums des Innern vorliegt, und zwar wird dies auch bei früher erfolgter Namensänderung der Fall sein. Bezüglich der feindlichen Banken, die übrigens schon so gut wie lahmgelegt sind, werden die nötigen Schritte zur sofortigen Liquidierung getan werden. Da die feindlichen Banken dazu benutzt werden, den englischen Handel an sich zu reißen und zu schädigen, müssen sie auch nach dem Krieg besonders behandelt werden und durch ein Gesetz für eine Reihe von Jahren nach dem Krieg verboten werden. Ich glaube sagte Cave, daß diese Absichten der Regierung vernünftigen Erwägungen Rechnung tragen und den Bedürfnissen des Landes entsprechen.

Island und der Weltkrieg.

Auch Island, der „eifrige Fels im Meer“, den der Hofsgefang der Waldfrau im „Eckhard“ als das „treibende Ende der Welt“ bezeichnet, kann sich den Wirkungen des Weltkrieges nicht entziehen. Ja, es befindet sich zurzeit mitten in dessen Wirrnissen und das hat mit seiner rankenartigen, deutegierigen Politik der nimmer satte John Bull getan. Man hat den Briten nicht mit Unrecht einen geographisch gesuchten Raubtierinstinkt nachgesagt. Sie haben diesen, von dem die Besitzergreifung des Sueskanals, die Festlegung in Äden und in Gibraltar (gegen welche letztere der spanische Ministerpräsident unlängst freilich nur in Worten mobil machte) Zeugnis ablegen, auch während des Weltkrieges bewiesen. Hat doch das Saloniki-Abenteuer in letzter Linie den Zweck, den Briten diesen hochwichtigen Stützpunkt im Mittelmeer in die Hände zu spielen. Und daß sie mit dem ernsthaften Gedanken umgehen, die Calaisküste nicht mehr zu räumen, wenn es ihnen ionisch gelingen sollte, das scheinen allgemein auch die begeisterten Verehrer jener Jungfrau von Orleans zu ahnen, die einst den Franzosen dort das Banner gegen die Engländer verantrag.

Auch Island gehört in dies System. Es stellt einen der Pfeiler jener nordischen Brücke dar, die nach den britischen Plänen von England und den Schetlandsinseln zur Murmanküste und nach Archangel hinführen soll, wo die Engländer sich ja bereits häuslich niedergelassen haben. Seit Jahren arbeitet die Londoner Diplomatie plangemäß auf die Anglisierung des weltpolitisch bedeutsamen Eilandes hin. Als zu Beginn dieses Jahrhunderts die isländische Bewegung einsetzte, die von dem dänischen Mutterlande zunächst die Gewährung eines eigenen Ministeriums forderte, da behauptete man schon damals in Kopenhagen, daß englisches Geld auf Island arbeite. Hatte doch England die weitestfernte Insel sogar in drei Konsularbezirke eingeteilt; und der britische Konsul, der über eine offene Hand verfügte, verstand es, immer mehr Einfluß auf die inneren Angelegenheiten zu gewinnen. Im Jahre 1903 sah sich die dänische Regierung in der Tat genötigt, das geforderte selbständige Ministerium zuzugestehen und 1906 erfolgte ein neuer Schritt zur Verwirklichung der nordischen Brücke. Reykjavik, die Hauptstadt Islands, wurde mit den Schetlandsinseln und dadurch mit London durch ein Kabel verbunden.

In den nächsten Jahren spielte sich die britische Durchdringung Islands mehr in der Stille ab, oder vielleicht hat man sich auch außerhalb Dänemarks infolge mangelnden weltpolitischen Verständnisses allzuwenig um diese Dinge bekümmert. Als dann aber der Weltkrieg ausbrach, glaubte England die Zeit zur Verwirklichung dieser wie vieler anderen Pläne gekommen. Bald nach Kriegsbeginn erschien eine britische Flottille in Island mit der offen verkündeten Absicht, die dortigen Landesprodukte (es sind das vor allem die Lamm-, Salz- und Schafwolle) für England zu sichern. Die Methode war ebenso einfach wie wirksam. England stellte die Lieferung von Kohle, Salz und Petroleum, die für die Isländer unentbehrlich sind, ein, und als diese sich in ihrer Not an die britische Regierung wandten, hieß es: Kein Geld, keine Schweizer! Oder mit anderen Worten: Wenn ihr euch nicht verpfichtet, eure Produkte allein an uns zu liefern, werdet ihr ausgehungert! Dänemark sah sich zu dieser Durchdringung seiner eigenen Souveränität gezwungen oder glaubte wenigstens dazu gezwungen zu sein, und so erging am 30. Juni 1916 ein Gesetz, das jede Ausfuhr von Island unterbot, wenn nicht die Schiffe sich schriftlich verpflichteten, einen britischen Hafen anzulassen, und wenn nicht den Engländern ein Vorkaufsrecht mit vierzehntägiger Frist eingeräumt wurde. Sogar der Verkehr zwischen Island und Dänemark, ja, auch der zwischen den verschiedenen isländischen Häfen wurde unter Kontrolle gestellt. Englische Wachtschiffe beherrschten die isländischen Häfen, die Postsendungen sogar nach dem Mutterlande werden beschlagnahmt, und der britische Konsul ist der wahre Gouverneur der Insel.

Nach diesen Vorbereitungen soll jetzt der Loslösungsbrosch eingeleitet werden. Am Montag haben in Reykjavik die Verhandlungen mit der dort eingetroffenen dänischen Islandkommission begonnen. Das isländische Parlament, hinter dem die britischen Souffleure stehen, fordert die Anerkennung Islands als selbständigen Staat und will sich (fürs erste) zur Personalunion mit Dänemark verketten, wo man aber erkennt, daß dies den Anfang vom Ende bedeuten würde. Man wird den Fort- und Ausgang der vom westpolitischen Standpunkt aus sehr bedeutsamen Verhandlungen mit Interesse verfolgen müssen. Worum es sich hierbei wirklich handelt, spricht das Stockholmer „Svenska Dagbladet“ zutreffend aus: „Der dänisch-isländische Konflikt droht Island unter dem irreführenden Namen der Selbstständigkeit zu einem

Großmachtsabhängigkeit zu machen. ... Der isländische Separatismus schwächt den dänischen Staat und schädigt damit den ganzen Norden." In Dänemark kennt man die Gefahr, doch aber nicht, wie man sie abwehren soll. Die Spuren der Pankees, die den Dänen ihre Westindischen Inseln zwangsweise abkauften, schreien. Kämpfen doch die Engländer, wie Wilsons Landesleute für die „Befreiung“ der kleinen Nationen — von dem für die Befreier wertvollen Besitz!

Die dänisch-isländischen Verhandlungen.

W. T.-B. Kopenhagen, 11. Juli. Zu den dänisch-isländischen Verhandlungen meldet „Berlingske Tidende“ aus Kopenhagen, daß die Aussichten für eine Verständigung sehr bedeutend günstiger seien, als in der letzten Woche. Die radikalen Mitglieder des isländischen Althing fordern, daß das Verhältnis zwischen Island und Dänemark durch einen Vertrag festgelegt wird. Im isländischen Volk war die Stimmung für eine feste und enge Union mit Dänemark. Nach einem Telegramm aus Reykjavik verlautet, daß beide Seiten Zugeständnisse gemacht worden sind. In der Flaggenfrage hat Dänemark nachgegeben, so daß Island seine eigene Flagge erhält. In der Frage des Eingeborenenrechts hält Dänemark an seinem Standpunkt fest.

Japans dunkle Pläne.

Osaka, 12. Juli. Die „Times“ und andere großen englischen Blätter beschäftigen sich ausführlich mit Japans „Verteidigungsplänen“, die offenbar erhebliche Beunruhigung in England erregt haben, weil nicht von japanischen Angriffsabsichten zu melden ist. So läßt sich die „Times“ aus Tokio melden, daß der Rat der Feldmarschälle und Admirale einen umfassenden Plan zur vollständigen nationalen Verteidigung angenommen hat. Die „Times“ findet es merkwürdig, daß dieser Plan lediglich von einem künftigen Zusammenstoß zwischen Meer und Flotte spricht, und daß die „Grundzüge dieses Planes nicht gleich verwirklicht werden sollen, sondern erst dann, wenn das die internationale und finanzielle Lage zuläßt.“ In diesem politischen Kreise ist es kein Geheimnis, daß die englische Regierung Japans Pläne sehr dunkel findet und tief besorgt ist, weil Japan gar keine Anzeichen trifft, entscheidende Schritte zugunsten der Weltfriede auf dem europäischen Kriegsschauplatz zu unternehmen. Bestimmte hat auch die Tatsache, daß Japan mit China effiziente Vertragsbedingungen aufgestellt hat, die man noch immer streng geheim hält, und die man in England als gefährlich für das Gleichgewicht in Asien ansieht.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

W. T.-B. Wien, 12. Juli. (Drahtbericht.) Amtlich verlautet vom 12. Juli, mittags: Niergends besondere Ereignisse. Der Chef des Generalstabs.

Die ungarische Wahlreform.

W. T.-B. Budapest, 12. Juli. (Drahtbericht.) Die Gesetzesvorlage über die Wahlreform wurde mit großer Mehrheit als Grundlage der Einzelberatung angenommen. Der Schluß der Erörterung ergriff Ministerpräsident Dr. Bekerle das Wort. Er sagte, im Verlauf der Beratung sei zutage getreten, daß die Wahlreform in diesem Haus nicht in dem Umfang durchgeführt werden könne, wie die Regierung beabsichtigt. Er habe jedoch vermieden, zur Aufklärung zu schreiten, weil diese die Aufregung infolge der Wahlkämpfe vergrößert und die Wahlreform mindestens ein Jahr hinausschieben würde.

Anklageerhebung gegen die Regierung Bratjanus.

W. T.-B. Bukarest, 12. Juli. (Drahtbericht.) Aus Jassy wird amtlich gemeldet: Im Lauf der heutigen Kammerung verlas der Abg. Stroeici einen parlamentarischen Initiativantrag auf Anklageerhebung gegen die frühere rumänische Regierung gemäß dem Gesetz über die ministerielle Verantwortlichkeit. Der Antrag ist begleitet von Anklagepunkten gegen die rumänische Regierung, die Rumänien in den unheilvollen Krieg verwickelt habe. Der Antrag war Gegenstand lebhaften Beifalls. Gemäß der Kammerordnung und dem Gesetz über die

(56. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Aus hartem Holz.

Roman von Julia Jöhl.

„Na, schief los. Jetzt hat Tante Lowitsken das Wort.“

Jetzt holte aus dem Schlüsselkorb den Brief heraus und begann:

„Liebe Zette!

Nun sitzt Ihr hoffentlich wohlbehalten in Eurem Bergbaul und freut Euch Eurer neuen Heimat, über der Ihr aber nicht die alte vergessen dürft. Ihr wißt, was Ihr uns versprochen habt. Am achtzigsten Geburtstag von Onkel dürft Ihr mit den Jungen nicht fehlen. Wir feiern an dem Tag meinen siebzigsten gleich mit, der dann zwar schon einige Wochen hinter mir liegt.

Es ist sehr nötig, daß Ihr Euch mal wiedersehen laßt. Drei Jahre sind eine lange Zeit, da kann sich viel verändern, auch in so festen Familien wie die Dohms und die Jägers. Ich glaube, daß auch Onkel viel auf dem Herzen hat, daß er nicht gern dem Bavier anvertraut. Denn wie sagt Peter: Was schreien ist, ist schreien! Und so sage ich mir selber: „Sol' dien Schmit!“ Aber das sollt und müßt Ihr erfahren, denn das ist doch „er Donnerkeils erste Sale“, wie Onkel gestern schalt, als er von dem Abendessen nach Hause kam und mir die Mitteilung machte, daß die Firma Gustav Bernhard Dohm Alfred Schloffer seit Monaten gekündigt hat oder er ihr. Man sieht nicht klar darin. —

„Was hat er?“ rief Thoma und sprang in großer Erregung auf, um alsdann auf und ab zu rennen.

„Wenn du dich nicht gleich wieder hinlegst, lese ich nicht weiter“, drohte Zette. „Wie kann dich das so aufregen. Was geht uns Gustav Bernhard Dohm an?“

Thoma blieb mit einem Aufschrei vor seiner Frau stehen.

Ministerverantwortlichkeit wurde der Antrag dem Bureau der Verammlung überwiesen, die schnell die nötigen Formalitäten erledigen soll.

Lösung der Judenfrage in Rumänien.

W. T.-B. Bukarest, 12. Juli. (Drahtbericht.) Der Ministerrat beschloß, die Judenfrage auf breiterer Grundlage zu lösen und den etwa Benachteiligten das Recht der Berufung an den Obersten Gerichtshof zuzugestehen. Bei der Erbringung der vorgeschriebenen Nachweise wird den als Staatsbürgerrecht anstrebenden Juden weitgehendes Entgegenkommen bekundet werden.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.)

Berlin, 12. Juli.

Am Bundesratsitz: v. Bahr, Graf Roeder. — Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1.15 Uhr. — Vor der Tagesordnung nimmt das Wort General v. Dröbner: In seiner Reichstagsrede vom 3. Juli d. J. hat der Abg. Scheidemann behauptet, bei uns werde die Verichterstattung über Miergeränge meistens unterdrückt.

Was in Süddeutschland fortwährend ermordet werde an Frauen und Kindern, das würden wir nicht erfahren. Diese Behauptung entbehrt der sachlichen Grundlage. Gemäß Verfügung der Oberzensurstelle werden von den stellvertretenden Generalkommandos, Gouvernements, Kommandanturen usw. sachliche Darstellungen über den für jeden erkennbaren Sach- und Veranlassungen und auch über die Zahl der Opfer sofort nach den Miergerängen in der Presse ihres Befehlsbereichs veröffentlicht. Den Ausführungen des Abg. Scheidemann muß entgegengetreten werden, da sonst der Eindruck entsteht, daß die Reichsleitung an dem in manchen Kreisen der Bevölkerung leider bestehenden Zweifel an der amtlichen Verichterstattung schuld sei.

Auf der Tagesordnung stehen

Anfragen.

Abg. Rolke (Soz.) weist darauf hin, daß in Warschau und Lodz Aufrufe angeschlagen gewesen seien, die zu Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung

angefordert hätten, und fragt an, ob der Reichskanzler seinen Einfluß auf die polnische Regierung ausüben wolle, daß diese gegen die Aufrufe vorgeht und die Wiederholung solcher Vorgänge verhindert.

Unterschiedssekretär Dr. Erwin: Diese Anschläge sind selbstverständlich jedesmal so schnell wie möglich von den deutschen Polizeibehörden entfernt worden. Bei dem Mangel an Polizeimannschaften ist es denkbar, daß an manchen Stellen die Aufrufe nicht sofort beseitigt werden konnten.

Abg. Weinhausen (Dpt.) fragt an, ob der Reichskanzler der deutschen Handel, so weit er schon vor dem Krieg die Ausfuhr aus Russland betrieben habe, vorzugsweise und baldigst am

Judenimport aus der Ukraine

beteiligen wolle. Darauf Geheimrat v. Stimson erwidert, daß Vorbesprechungen mit den Vertretern des Judentums für Hamburg stattgefunden hätten. Die Verhältnisse in der Ukraine lägen aber so, daß für die Beteiligung des Handels noch kein Raum vorhanden sei. Der Judentum in der Ukraine habe zum meisten Teil beschlagnahmt werden müssen. Freilich zu erheblichen Vorräten in nennenswertem Umfang seien nicht vorhanden.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Dpt.) fragt an, was der Reichskanzler zu tun gedanke, um den

Verkehr zwischen den Soldaten und den Reichstagsabgeordneten.

der von diesen militärischen Stellen mit Strafe bedroht sei, zu gewährleisten.

General v. Dröbner: Die bereits von einem Vertreter der Heeresverwaltung erklärt worden ist, besteht ein allgemeines Verbot des Verkehrs zwischen Angehörigen des Heeres und den Abgeordneten des Reichstags in diesem Krieg nicht. Sobald Fälle von Verstößen bekannt werden, kann ihnen nur nachgegangen werden.

Auf diesbezügliche weitere ergänzende Anfragen des Abg. Müller-Meiningen (Dpt.) erwidert General v. Dröbner,

daß ihm auch über spezielle Verbote des Verkehrs zwischen Heeresangehörigen und Abgeordneten bei einzelnen Truppenteilen nichts bekannt sei und er auch nichts davon wisse, daß in Tausenden von Fällen die Briefe, wie der Abg. Müller behauptet, für diesen Verkehr gesperrt worden seien; sobald der Heeresleitung solche Fälle bekannt würden, würde sie ihnen nachgehen.

Nach Erledigung weiterer Anfragen wird die

zweite Lesung des Branntweinmonopols

fortgesetzt. Die Aussprache des § 1 ist gestern beendet worden. § 1 wird angenommen, ebenso wird eine große Reihe weiterer Satzungen im wesentlichen nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Im § 132 wird gefügt, daß den Krankenkassen und Knappschafts-Krankenkassen für jedes Mitglied und Jahr 1 M. als Rückvergütung aus der Monopollasse zu zahlen ist. In Verbindung mit dieser Vorschrift beantragt

Abg. Dr. Blund (Dpt.), dem § 252b hinzuzufügen: Bei den Rückvergütungen 8 Millionen zur Ermäßigung der Kosten der alkoholhaltigen Heilmittel für die minderbemittelten Volkskreise, insbesondere die Mitglieder der Krankenkassen und Knappschaftskassen, während Abg. Feder-Krönberg (Dpt.) beantragt, es bei den Beschlüssen des Ausschusses zu belassen.

Direktor im Reichshofamt Meuschel bittet um Annahme des Antrags.

Abg. Goh (Soz.): In erster Linie werden wir für die Ausschüttung stimmen. Sollte diese nicht angenommen werden, so wollen wir die Summe wenigstens auf 16 Millionen erhöhen; mit 8 Millionen ist nichts zu machen.

Abg. Kretz (Lnt.): Der Jahresbedarf an Alkohol zu Arznei, Mundwasser, Franzbranntwein usw. war bisher 16 000 Hektoliter; dafür genügt der Betrag von 8 Millionen. Hier kommen Mittelstandsinteressen in Frage.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Feder-Krönberg (Dpt.) wird der Antrag des Abg. Dr. Blund angenommen. Der oben erwähnte Satz im § 132 wird gestrichen und dem § 252b der Satz hinzugefügt „unter Erhöhung der Summe auf 16 Millionen“.

§ 131 befragt, daß Kornbranntweinverschütt nicht in den Verkehr gebracht werden darf, so lange die Monopolverwaltung einer Vereinigung von Kornbrennern die Übernahme des Kornbranntweins überläßt.

Abg. Körndel (natl.) beantragt nachstehende Fassung: Lieferungen von Kornbranntwein mit weingeisthaltigen Gezeugnissen dürfen unter der Bezeichnung „Kornbranntwein“ oder einer ähnlichen Bezeichnung, die auf die Herstellung aus Korn (Weizen, Roggen, Buchweizen, Hafer oder Gerste) schließen läßt, in den Verkehr gebracht werden.

Die Abstimmung bleibt zweifelhaft. Der Sammel-sprung erregt die Annahme des Antrags.

Bei § 252b sollen 4 Millionen Mark zur Bekämpfung der Trunksucht zur Verfügung gestellt werden. Die Abstimmung bleibt zweifelhaft. Beim Sammel-sprung stimmen 161 Abgeordnete mit Ja, 121 mit Nein. Der Antrag ist somit angenommen.

Damit sind die Steuergesetze in zweiter Lesung erledigt.

Es folgt die zweite Lesung, betr. Abänderung des Gesetzes über den

Abbau von Kalisalzen.

Abg. v. Brodhagen (kons.) tritt für die Vorlage ein, und zwar in der Regierungsfassung.

Abg. Goh (Dpt.): Der Ausschuß hat die Preise der Salze gegenüber der ursprünglichen Vorlage herabgesetzt. Immerhin bedeutet das Gesetz einen Vorteil für die Werke. Die Rechte und Interessen der Arbeiterschaft sind in dem Ausschusse vertreten worden. Man sollte die gleiche Berücksichtigung auch den Beamten zuteil werden lassen. Redner schlägt in dieser Hinsicht Steuerzulagen vor.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Dr. Krenbt (Deutsche Frakt.), Breh (Soz.) und Albrecht (Soz.) sowie des Unterscheidungssekretärs Müller, der bittet die Regierungsvorlagen wiederherzustellen, wird die Vorlage angenommen. In einigen Punkten wird die Regierungsfassung wiederhergestellt. Der Antrag Goh (Steuerzulagen) wird ebenfalls angenommen.

„Du hast doch dein ganzes Vermögen in dem Geschäft gelassen und Rutter auch.“

„Wilhelm!“

„Ich kenne doch Bernhard. Er versteht nichts und hat keine glückliche Hand. Wer weiß, ob nicht der Rees wieder dahinter steckt. Hatte vielleicht einen Erbschaftsmann für Schloffer, der ihm besser dachte. Oder Schloffer, der so tüchtig ist, wurde Bernhard unheimlich, so daß er ihn heraus ärgerte, so wie dein Vater den meinigen. Das verstehen die Dohms.“

Jetzt sprang auf und legte ihren Arm um Wilhelms Nacken, ihn mit liebevollen Worten wieder dem Ruhebett zuführend.

„Wenn ich geahnt hätte, daß du dich so aufregst würdest, hätte ich den Brief unterschlagen.“

Mit einer jähen Bewegung entzog sich Thoma den ihn haltenden weichen Frauenarmen. „Das würde ich mir denn doch verbeten haben, Zette. Ich bin kein Kranker mehr und verlange, alles zu erfahren. Du vermagst die Bedeutung dieser Tatsache ja nicht zu durchschauen. Natürlich fahren wir nach Hause. Tante Lowitsken hat dies nicht ohne Absicht geschrieben, und der Onkel steht dahinter. Im übrigen werde ich mal bei Schloffer anfragen, wir sind ja gute Freunde. Ende Juni ist der Geburtstag, nicht wahr? So bald schon? Da werde ich wohl dem Alten telegraphieren müssen, damit ich Schloffers Adresse erfahre. Vielleicht ist er wieder im Land, dann lade ich ihn gleich nach hier ein.“

„Rein, Wilhelm, das geht wirklich nicht.“

„Wegen der Kurmachei von Anno dazumal?“

„Daran denkt ja keiner mehr, Wilhelm. Aber ich bin schließlich eine Dohm und möchte nicht, daß wir so auffällig Partei nehmen. Schon aus Anstand.“

„Du kannst recht haben“, gab Thoma nach einigem Nachdenken zu. „Aber erkundigen werde ich mich doch bei ihm, er wird mir schon reinen Wein einschenken.“

„Dafür bin ich auch. In Geldsachen hört die Gemütslichkeit auf, pflegte Vater zu sagen. Wir haben es

erfahren, zu welchem Segen ein großes Vermögen werden kann. Jetzt dankst du es mir, daß ich meinen Willen durchsetzte, nicht, Wilhelm?“

Thoma wandte ihr den Rücken und legte sich wieder hin. Ein dumpfer, unverständlicher Laut war seine ganze Antwort, der alles bedeuten konnte.

Jetzt stuhle. In ihre Augen trat ein jähes Aufleuchten, und eine helle Röte flog über das liebe Gesicht. War das noch immer nicht tot? Schließ da ein Frunken unter der Asche und konnte er wieder zum verzehrenden Feuer werden? Sie setzte sich stumm in ihren Sessel und starrte vor sich hin.

Von ihrem Mann kam kein Laut mehr und nach einer Weile schlief er tief und fest. Der lange Wartsch hatte ihn wohl mehr angestrengt als er zugeben wollte. Dazu die dünne Luft, die ihm aber gut zu bekommen schien, denn sein Schlaf war hier gleich vom ersten Tag an ruhig und anhaltend gewesen.

Der Professor hatte ihm gut geraten. Wenn es so blieb und kein Rückfall kam, sollte Wilhelm vorläufig von jeder Kur absehen, aber den Winter stets in südlichen Breiten zubringen und den Sommer in gesüßten Gebirgslagen. Mit der Zeit würde dann ins Auge zu fassen sein, für den Sommer den Aufenthalt wieder in der Heimat zu nehmen.

„Meine Jungen sollen und müssen in der Heimat aufwachsen“, hatte Thoma dem Arzt vorgeschlagen.

„Und Sie werden sich ihrer alsdann auch viele Monate erfreuen dürfen.“

Am dieses Tag an Zettes geistigem Auge vorbei und dann kam ihr die Erinnerung an Frau Jägers Brief. Sie las ihn nochmals durch. Das übrige bestand aus Familienberichten und unwichtigen, aber amüsanten Klatschereien. Daher hob sich der Anfang doppelt bedeutungsvoll aus dem Ganzen heraus.

Es erschien Zette jetzt von großer Wichtigkeit, daß sie den Besuch in der Heimat machten, obwohl sie sich

Wiesbadener Nachrichten.

Buchekernernte 1918.

Zur diesjährigen, vornehmlich außerordentlich reichen Buchekernernte wird uns noch geschrieben: Die Laupfische ist die, daß die Leute angeeignet werden, so viel als möglich zu sammeln. Durch die bis jetzt gemachten Vorkäufe wird dies aber auf keinen Fall erreicht werden. In Nr. 305 wurde vorgeschlagen, 25 bis 30 Kilogramm Bucheckern zum Schlagen freizugeben, alle weiteren mit mindestens 1 M. pro Pfund zu vergüten. Das würde gewiß viele zum Sammeln veranlassen, aber sie würden dies ganz sicher doch nur so lange tun, bis sie die ihnen zugestandene Menge (nach „Rauth“ 2½ Liter Öl ergebend) erreicht. Darüber hinaus aber gegen Bezahlung weiter zu lesen, dazu werden nur noch wenige Lust haben. Man lese einmal 1 Pfund Bucheckern und wird dann einsehen, daß eine Bezahlung von 1 M. (oder auch etwas mehr) keinen Anreiz dazu bietet, namentlich nicht in dieser Zeit der großen Geldverknappung. Was ist jetzt 1 M.? Dabei sind noch die weitesten Wege, die Abnutzung der Kleider und Schuhe, die Gefährdung der Gesundheit bei der oft recht unfreudlichen Herbstwitterung sehr in Betracht zu ziehen. Rauth will (in Nr. 311) 50 Kilogramm = 4½ Liter Öl freizugeben haben, aber auch nur erst dann, wenn zuvor 25 Kilogramm Bucheckern abgegeben worden sind. Also erst soll man 25 Kilogramm (!) für die Allgemeinheit lesen, und dann erst kann oder darf man für sich anfangen. Wie aber, wenn jemand überhaupt nur 25 Kilogramm (das ist schon sehr viel) oder sogar noch weniger gelesen hat? Dann bekommt er für sich also noch gar kein Öl, und das ist wieder nicht geeignet, zum Lesen zu reizen. Das Kriegsernährungsamt will wohl die Hälfte der gesammelten Bucheckern abgeben, aber wieder nur bis zum Höchstbetrag von 25 Kilogramm. Dabei würde sicher auch nur so lange gelesen, bis diese erreicht sind. Von einer Vergütung für die mehr gesammelten Bucheckern ist nichts bekannt. Es gilt aber doch, wie schon gesagt, zu immer weiterem Sammeln anzuapornen, und das kann unseres Erachtens nur erreicht werden durch prozentuale Freigabe von allen gesammelten Bucheckern. Man sei doch einmal großzügig und gewähre z. B. von jeder gesammelten Menge vielleicht 75 Prozent. Die übrigen 25 Prozent könnten dann ganz ohne Bezahlung abgegeben werden. Das würde sicher zu immer fortgesetztem Arbeiten veranlassen. Um denjenigen gerecht zu werden, die keine Gelegenheit zum Sammeln haben, kann ja außer den 25 Prozent für die Allgemeinheit auch das gewonnene Öl jedem einzelnen in entsprechendem Maß bei der Fettbeteiligung (nicht nur für einen Monat) angerechnet werden. Ähnlich wie bei der Schweinefleischung. Nur darf dabei wieder das eine nicht außer acht gelassen werden, daß auch wirklich gutes Bucheckernöl gegeben wird und nicht schlechtes minderwertiges, wie es 1916 teilweise vorgekommen ist, während das gute Öl zu lächerlichen Preisen (bis zu 40 M. und noch höher für 1 Liter) verkauft wurde. Man komme also den Sammlern so viel als möglich entgegen, und der Erfolg wird nicht ausbleiben. Jetzt ist es noch Zeit, die Bestimmungen zu ändern und entsprechend festzusetzen.

Der Gewerbeverein für Nassau hat in seiner letzten Verhandlung den Stadtrat Meier in den geschäftsführenden Vorstand an Stelle eines freiwillig zurückgetretenen Mitglieds gewählt.

Die Befoldungsverhältnisse der mittleren Beamten. Auf Veranlassung der hiesigen mittleren Justizbeamten hielt Donnerstagabend im Hotel „Zum Einhorn“ der Zentralabgeordnete Amtsgerichtssekretär Bartscher (Hersborn) einen recht instruktiven Vortrag über die Befoldungsverhältnisse der mittleren Beamten.

Der Schleichhandel mit Leder. Die Zeitschrift „Verbrauchswirtschaft im Krieg“ schreibt: Bei keiner Gattung von Waren, die der Beschlagnahme und Rationierung unterliegen, steht der Schleichhandel und der Wucher in solcher Höhe, als es mit Leder der Fall ist. Und das trotz der schärfsten Strafandrohungen in letzter Zeit! Während auf der einen Seite das Leder so knapp ist, daß nicht einmal die auf den Kopf festgesetzte und errechnete Menge geliefert werden kann, werden andererseits unter der Hand Mengen gehandelt. Natürlich zu den schwindelhaftesten Preisen. 20 bis 30 M. für 1 Pfund ist das Normale. Daß infolgedessen die Schuhreparaturen sich gewaltig teuer stellen, ist selbstverständlich. Damit Hand in Hand wächst die Not der minderbemittelten Volksschichten im Allgemeinen. Das Übel hat bereits

einen solchen Charakter angenommen, daß Gemeindevorstellungen sich nichts dabei denken, wenn sie auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege des Geheimhandels Leder einkaufen oder durch Umwegen und sonstige Mittelinstrumente einkaufen lassen. Um die Schuhreparaturen ihrer Pflegebedürftigen ermöglichen zu können, sind die Kommunen wohl oder übel auf diesen Weg angewiesen. Wie aber kommt es, fragen wir, daß die Rationierung vollkommen versagt, dagegen auf Schleichwegen solche ansehnlichen Mengen an Leder geschmuggelt werden können? Wo steht der Schwindel? Jedes Stück Leder muß bekanntlich zum Schlachten an den Viehhändler, Verband abgegeben werden, und die Häute unterliegen einer genauen Kontrolle. Wie ist es da möglich, daß solche Mengen verschwinden? Durch die Geheimschlechtigungen allein, die ebenfalls noch immer gehandelt werden, erklären sich die Verge von Schleichhandelsleder nicht. Es ist nicht anders denkbar, als daß an einem oder mehreren Punkten der Organisation für die Beschlagnahme, Bearbeitung und Aufstapele Defekte vorhanden sind. Durch die die Häute hindurchspazieren. Es wird aber höchste Zeit, daß hier gründlich nach dem Rechten gesehen wird.

Der Orden Pour le mérite erhielt Hauptmann Wilhelm Preußner vom Infanterie-Regiment 178 (Thorn), Sohn der Frau Rechnungsrat Preußner hier.

Kriegsangehörigen. Der Ratze Hermann Sid erhielt das Finnische Verdienstkreuz 2. Klasse. — Mit dem Ehrenkreuz 1. Klasse wurde ausgezeichnet Feldwebel-Leutnant Ludwig Schumann, Infanterie-Regiment Nr. 3, Regimentssekretär in Wiesbaden. — Das Eiserne Kreuz 2. Klasse wurde verliehen: Obergefreiter Karl Veltge, Sohn des Königl. Theaterdieners Friedrich Veltge, in einer aktiven Kaserne, Musikant Otto Zimmermann und Schütze Paul Zimmermann, Söhne des Rechnungsrats Georg Zimmermann hier, Musikant Emil Sandersheim, Sohn des Landwirts Karl Sandersheim, Musikant Paul Ehrhardt, Sohn des verstorbenen Maschinenmeisters Franz Ehrhardt, Fahrer Heinrich Kreis, Sohn der Frau Kreis hier, Heinrich Röh, Sohn des Bierfahrers Georg Röh hier, Musikant Karl Schmelzer.

Wiesbadener Vergnügungs-Bühnen und Lichtspiele.

Das Alphen-Theater, Lammstraße 1, bringt ab Samstag Maria Corini in ihrem neuesten Werk „Das Epithum der Pankin Wellensta“, einem in jeder Beziehung hervorragenden Schauspiel. Ein entzückendes Lustspiel „Parfüm-See“ sowie hochinteressante Aufnahmen vom Luftschiff aus ergänzen das vorzügliche Programm.

In den Monopol-Lichtspielen steht ein außergewöhnlich spannendes Kriminaldrama „Der König der Nacht“ auf dem Spielplan. „Lithelle“, eine lustige Parodie mit dem urfabeln Paul Seders sowie interessante Aufnahmen aus der Schlacht zwischen Coissons und Reims beschließen das Programm.

Thalia-Theater. Ab heute Samstag gelangt das neue Schauspiel „Die Ehe der Charlotte vom Brühl“ zur Aufführung. Das neue Lustspiel „Alte — Jetzt hab ich sie!“ mit Richard Semus und Hans Dage wird durch die urwüchsige Komik die heiterste Stimmung erzielen.

Das Eden-Lichtspieltheater verzeichnet vom 13. bis 16. Juli auf seinem Spielplan die Aufführung „Der Wüstenkrieger“, Detektivdrama in vier Akten, ferner das reizende dreistündige Lustspiel „Hänschen und der Koffer“ oder „5 Tage Post“ mit dem beliebten Komiker Petri Herbert Paulmüller.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

In Frankfurt a. M., 11. Juli. Die Eingemeindungsverhandlungen der Stadt mit der Nachbargemeinde Griesheim a. M. stehen, wie in der Nieder Gemeindevorsteher-Versammlung mitgeteilt wurde, unmittelbar vor dem Abschluß. Dagegen scheiden die Verhandlungen mit Nied und Dirsten aus vorerst nicht beendet werden. Mit Schwanheim ruhen sie zurzeit.

FC. Von der Leyn, 11. Juli. Die Häuserlage macht sich in bedrohlichem Umfang bemerkbar, vor allem werden die Gemüßplantagen sowie die Kartoffeln von den Schädlingen befallen.

Sport.

Fußball. Unseren Sportfreunden wird morgen auf dem Sportplatz an der Wallstraße ein interessantes Wettspiel geboten. Die Spielvereinigung Wiesbaden trifft auf die starke Mannschaft des 1. Mainzer Fußballvereins von 1905, e. S. Spielbeginn 4 Uhr.

Gerichtssaal.

Ein Zusammenstoß zwischen Straßenbahnzügen der roten und der gelben Linie gab es am 21. Mai in nächster Nähe der Kochbrunnenanlage. Zwei Wagen der roten Linie, in welche

ein Motorwagen der gelben Linie hineinfuhr, wurden dabei aus dem Gleis geworfen, zum Glück ohne Schaden an Menschen und Material. Die Schuld an der Karambolage sollte den Wagenführer treffen. Das hiesige Schöffengericht jedoch urteilt auf eine wider ihn erhobene Klage der fahrlässigen Transportgefährdung einen Freispruch, weil nicht feststellbar war, wer der Schuldige sei.

Die kühne Witwe. Die 61jährige Witwe Katharina Bender, geb. Diers, deren Mann im Felde gefallen ist, hat einem französischen Kriegsgefangenen Briefe, Schwarz und Rasse zugesandt. Sie wurde vom Schöffengericht zu Frankfurt a. M. zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Neues aus aller Welt.

6800 Grippe-Erkrankungen in der schweizerischen Armee. W. T. B. Bern, 12. Juli. Nach einer Mitteilung des Preisbureaus des Armeehauptes sind bis 9. Juli in der schweizerischen Armee 6800 Erkrankungen an französischer Grippe vorgekommen. Die meiste Anzahl der Erkrankungsfälle entfielen auf infektöse Grippe. Bis 9. Juli erkrankten sich 24 Todesfälle, darunter ein Arzt und zwei Sanitätsbedienstete, die ihrer Pflichterfüllung zum Opfer fielen. Unter der Zivilbevölkerung hat die Krankheit bisher mehrere Opfer gefordert, in einer einzigen Gegend sieben Tote. Bei den in der gleichen Gegend untergebrachten ungefähr 150 englischen Internierten verliefen sechs Fälle tödlich.

Handelsteil.

Der neue Kriegskredit.

Der Hauptausschuß des Reichstags hat, wie bereits in unserer gestrigen Abendausgabe gemeldet, eine neue Kriegskreditforderung in Höhe von 15 Milliarden Mark angenommen und auch das Plenum des Reichstags dürfte dem ebenfalls einstimmigen Beschluß beitreten. Durch diese Kreditforderung, die zwölfte seit Kriegsbeginn, wächst die Summe der Kriegskredite auf 139 Milliarden Mark. Die Liste der Kreditforderungen zeigt folgendes Bild:

1914: August	5 Milliarden Mark
Dezember	5 „ „
1915: März	10 „ „
August	10 „ „
Dezember	10 „ „
1916: Juni	12 „ „
Oktober	12 „ „
1917: Februar	15 „ „
Juli	15 „ „
Dezember	15 „ „
1918: März	15 „ „
Juli	15 „ „
Zusammen	139 Milliarden Mark

Die Erhöhung der Börsenumsatzsteuer.

Die Entscheidung über die Börsensteuer ist gefallen. Wie bereits an anderer Stelle unseres Blattes gemeldet, wird im Kundengeschäft der Aktienumsatzstempel für die Kriegszeit auf 3 v. T. für die spätere Friedenszeit auf 2 v. T. festgestellt. Gleichzeitig bleibt der Bundesrat ermächtigt, aus besonderen volkswirtschaftlichen Gründen den Kriegssatz bis auf 4 v. T. zu erhöhen, bzw. bis auf 2 v. T. herabzusetzen. Gegenüber dem Gröberschen Antrag, der einen Kriegssatz von 5 v. T. verlangte, liegt in der vom Reichstag beschlossenen Ermäßigung ein gewisses Anerkenntnis der eindringlichen Proteste, die von allen maßgebenden Stellen der Handelswelt erhoben worden sind. Tatsächlich bedeutet aber das Parteibereinkommen eine derart schwere Belastung und Fesselung des Verkehrs, daß für ernste wirtschaftliche Kreise durchaus kein Anlaß zur Befriedigung oder gar zur Freude vorliegt. Überdies bildet die dem Bundesrat erteilte Befugnis, den Kriegssatz nach eigenem Ermessen zu erhöhen, eine ständige Bedrohung des Verkehrs.

Die Wirkung des Gesetzes wird sich — so schreibt die „Tägliche Rundschau“ — keineswegs sofort erkennen lassen. Ob einstweilen das Börsengeschäft noch stiller und unbedeutender wird, als es seit acht Tagen gewesen ist, oder ob es zeitweilig wieder aufflackert und gelegentlich eine unerwünschte Ausdehnung und Gestaltung erfährt, wie die ungestümen Klüfte des Publikums sie mehrfach hervorbrachten — das sind Sachen von nebensächlicher Bedeutung. Von Belang ist die Frage: In welcher Verfassung wird die Börse am Ende des Krieges dastehen? Wird sie dann in der Lage sein, die ungeheuren Aufgaben zu bewältigen, die die Übergangsperiode und die spätere Zeit des heißen Wettbewerbs auf den internationalen Märkten bringen? In dieser Beziehung sind leider

gar nicht nach einem Wiedersehen mit den übrigen lebte. Das Verhältnis zwischen der Mutter und ihr bedrückte sie mehr, als sie es sich ihrem Mann gegenüber merken ließ. Und dann fürchtete sie die Erinnerung an die furchtbare Zeit ihres Lebens. Sie würde den Sedenweg wieder gehen, wo sie dem Vater zuletzt begegnet war. Und das Vaterhaus? Würde es ihr die Pforten öffnen? Sollte sie den Raum wieder betreten, an den sie nicht denken konnte, ohne daß es sie wie Grauen schüttelte? Sie sah wieder den Schreibtisch an dem großen Fenster — die Klammern! Die Stimme des Justizrats glaubte sie zu hören.

Das Erwachen Wilhelms weckte sie aus dem quälenden Sinnen. Er forderte den Brief und las ihn zu Ende.

„Sie ist doch einzig die Tante Lotwitsen. Gleich fährt sie, ihrem Albert geboriam, mit großem Geschütz dazwischen, macht ein Amibum, daß es uns in den Ohren gellt, um dann im lustigen Wortgeflügel den Schreden, den sie uns eingejagt hat, in Lachen aufzulösen. Was meinst du, nehmen wir die Jungen mit?“

„Lachst du daran, sie hier zu lassen, Wilhelm?“

„Ich tue, was du willst. Ich denke, wir benutzen die Gelegenheit, sie prüfen zu lassen und uns dann nach einem Hauslehrer umzusehen. Jetzt beginnt für sie beide der Ernst des Lebens.“

„Ist das wirklich schon nötig? Du hast sie so weit gefördert. Und die Hilfskräfte, die wir fanden, taten auch ihre Mühe.“

„Ich tat es mit Freuden, und es will mir scheinen, daß eine dritte Person unser Zusammenleben stören würde.“

„Darüber mache dir keine Sorgen, Zette, das werde ich schon einrichten. Wir bewahren uns möglichst gegenseitig die Freiheit. Da kommt Regine, wollen wir ihr das Glück verführen?“

„Die wird Augen machen. Sie hat schon sehr an Seemann gelitten.“

„Regine, in vierzehn Tagen fahren wir nach Hause wollen Sie mit?“ fragte Thoma lächelnd.

„Für immer?“ Die Köchin schrie es heraus.

„Nur für einige Wochen, Regine“, erklärte Zette.

„Dort Jäger feiert seinen achtzigsten Geburtstag, da wollen wir dabei sein.“

„Dann lieber gar nicht, Madam. Das bricht mir das Herz, wenn ich wieder fort soll.“

„Regine, seien Sie doch geistlich. Denken Sie an Ihre Freunde.“

„Ich habe keine. Die Eltern sind tot, Geschwister habe ich nicht.“

„Aber meine Mutter.“

„Ach, die alte Madam!“

„Und Sie werden es doch ohne die Jungen nicht aushalten?“

„Gehen die Jungen mit?“

„Natürlich.“

„Ja, warum haben Sie das nicht gleich gesagt. Wo die Jungen sind, da gehört auch die Regine hin. Wer soll ihnen sonst lochen?“

„Na, sehen Sie. Und in einigen Jahren lehren wir ja in die Heimat zurück.“

„Für immer?“

„Benachteiligt für den Sommer. Den Winter über muß ich fort in den Süden, und Sie werden mich doch nicht allein reisen lassen.“

„Gewiß und wahrhaftig nicht, Herr Thoma, wo Sie doch nun mal an meine Kocherei gewöhnt sind. Also in vierzehn Tagen? Schade, daß wir wieder heraus müssen, wo wir uns gerade eingerichtet haben. Aber der Christian folgt ja auf alles.“

„Der Christian?“ fragte Thoma. „Der wird doch auch mit wollen?“

„Nicht um die Welt. Herr Thoma, fragen Sie ihn nur. Der ist so glücklich hier und versteht sich apart gut mit den Leuten. Wissen Sie, was er gestern gesagt hat?“

„Run?“

„Wenn ich doch katholisch wäre, Regine. Da geht es einer zur Beichte und wird von allen Sünden freigesprochen. Das haben die es bezeugen.“ Regine sah ihre Herrschaft ganz sorgenvoll an und sagte mit ihren innersten Gedanken noch hinzu: „Wenn sich der Christian hier nur nicht ansteckt und noch katholisch wird.“

(Fortsetzung folgt.)

Aus Kunst und Leben.

Theater und Literatur. Wir den „Leipzig, N. N.“ berichtet wird, ist die Errichtung eines Gottfried-Keller-Hauses, im weiteren Sinne eines schweizerischen Dichtermuseums geplant. Es soll sich von bisherigen Dichtermuseen durch seinen engen Zusammenhang mit der Literatur der Gegenwart unterscheiden, ferner vor allen anderen Dichtermuseen sich auch durch seinen vielsprachigen Literaturbesitz auszeichnen und Zeugnis ablegen von der Vielfältigkeit des schweizerischen Geisteslebens. — „Hansjörgs Erwachen“, ein romantisches Spiel von Paul Apel, wurde letzten von der Deutschen Schiller-Gesellschaft mit einem Ehrenpreis von 1000 M. ausgezeichnet. — Die „Börs. Ztg.“ meldet aus Steglitz: Die erste Gattin des Dichters Richard Dehmel, die Dichterin Paula Dehmel, ist an einer leichten Grippe im Alter von 55 Jahren gestorben. — „Herbst“, Rudolf Preschers neuer Einakter, ist zur Aufführung mit seinen anderen Einaktern „Abrechnung“ und „Das Verführungsstück“ für einen Einakterabend von Direktor Barnowsky in Berlin für eine seiner Bühnen erworben worden.

Silberne Kunst und Musik. Joseph Gustav Kraczel, dessen Oper „Rebels“ im Leipziger Stadttheater einen großen Erfolg erzielt hat, wurde vom Kaiser von Österreich zum Professor ernannt. Kraczels neuestes Werk „Der Altherboge“ (nach Klaberthode) erscheint soeben im Reiss-Steinmetz-Verlag in Dresden. — An Steglitz starb in einem Lazarett der Hauptmann Hans von Encke, der bekannte Dichtersänger, an einer durch einen Sturmangriff erhaltenen Verwundung.

Ergebnisse der Schriftleitung 12 bis 1 Hft.

Richard Senius u. Hansi Dege.

4-10-1944

Im Cabaret | **Im Restaurant**
10 Kunstkräfte! | Konzert u. Vorträge

ist. u. Bild, das die
zurück erf., unter 2. 71
an den Loabl.-Verlag.

Kann man seine Fragen stellen. Mit einer Stimme, die musikalisch ist, gibt Afrika Kunst. Sie ist nicht laut, diese Stimme und doch trägt sie. Wie weiche Wellen durchsturtzt sie den Raum. Gleich der verkörperten Poesie steht Afrika oben. In weicher Erde, von weißen Schleiern umwallt, das Gesicht unverhüllt. Keine magische Verleumdung ist nötig. Der Zauber, den Afrika ausstrahlt, geht von ihrer Persönlichkeit aus. Nichts Theatralisches haftet Afrika an. Etwas unendlich Liebliches liegt über der ganzen Erscheinung. Etwas Geheimnisvolles, nicht von der Dämonik it eines Orakels, nicht von einer Korne, die Schicksalsfäden spinnt — eher etwas Eisenhaftes“.